

# Pressedienst der **IG Metall Ulm**

## An die Vertreterinnen und Vertreter der Medien



| **Ulm**

Sehr geehrte Damen und Herren,

*Ehingen* – Über 200 Leiharbeitnehmer folgten am Donnerstag Nachmittag dem Angebot des Betriebsrats, zu einer Sprechstunde zu kommen. Aufgrund des erwarteten hohen Interesses an einer Aussprache wurde die Sprechstunde als Versammlung durchgeführt. Die Kollegen verließen ihren Arbeitsplatz, um sich über die aktuelle Entwicklung von Leiharbeit im Betrieb und über den Stand zum Gesetzgebungsverfahren zu informieren.

Der Betriebsratsvorsitzende Rolf Ebe zeigte sich in der „Versammlung“ sichtlich empört: „Mit Ausnahme unserer Azubis werden im Prinzip keine Beschäftigten in Liebherr Arbeitsverhältnisse übernommen. Leiharbeit hat sich im Betrieb auf einem nicht mehr akzeptablen Niveau etabliert. Zum Teil arbeiten bei uns Kollegen seit mehreren Jahren als Leiharbeiter. Man kennt sich und ist zufrieden, aber an eine Übernahme in einen festen Job bei Liebherr will die Geschäftsführung nicht ran“

Ähnliche Arbeitsbedingungen, wie beispielsweise der Zugang und die Nutzung von Sozialräumen und Kantine, seien aus Sicht des Betriebsrats „schön und gut“, könnten jedoch nicht über die unsichere Lebenslage von Menschen in Leiharbeit hinweg täuschen.

In Richtung Gesetzgebung meint Ebe: „Wir brauchen dringend eine gesetzliche equal-pay-Regelung die in allen Betrieben angewandt werden muss.“ Der Betriebsrat sieht das gesamte Einkommensgefüge in Gefahr. „Mit der Leiharbeit wälzen die Arbeitgeber ihr unternehmerisches Risiko auf die Menschen in Leiharbeit ab.“

Der Gewerkschaftsvertreter der IG Metall Ulm Michael Braun kritisiert, dass mit 18,6% fast jeder fünfte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Deutschland von weniger als 8.50 € je Arbeitsstunde leben muss. Damit ist nur noch ein Leben am Rande des Existenzminimums möglich. Hinzu komme der Skandal, dass die im Aufschwung geschaffenen Arbeitsplätze zu 85% in Form von befristeter Beschäftigung oder als Leiharbeit angeboten würden. Damit verlassen die Arbeitgeber die gemeinsam geschaffene Grundlage mit der die schwere Wirtschaftskrise bewältigt wurde. „Das ist Missbrauch zu Lasten der Arbeitnehmer. Hier muss die Politik korrigierend eingreifen,“ so Braun.

Unter dem Motto „Arbeit – sicher und fair“ fordert die IG Metall einen „Kurswechsel für ein Gutes Leben.“ Hierzu gehöre, dass es für die Arbeitssuchenden die Perspektive von Festanstel-

Ulm, 17. Februar 2011

Presse

**Christoph Dreher**

IG Metall Ulm  
Wein Hof 23  
89073 Ulm

Telefon: 0731/96606-0  
Mobil: 0170/3333196  
Fax: 0731/96606-20  
christoph.dreher@igmetall.de

Internet: [www.ulm.igm.de](http://www.ulm.igm.de)  
[www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)

lungen geben muss, statt über Jahre hinweg in die Leiharbeit oder Befristung abgeschoben zu werden.

Über eine Berichterstattung würden wir uns freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Dreher